



Presseinformation

Nr. 405/2004

Kiel, Donnerstag, 16. Dezember 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Demografie/Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein

Veronika Kolb: Ein Miteinander der Generationen in Schleswig-Holstein schaffen

In ihrem Redebeitrag zu TOP 26 (Älter werden in Schleswig-Holstein) sagte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Veronika Kolb**:

„Die vorgelegte Antwort auf die Große Anfrage zum Thema „Älter werden in Schleswig-Holstein“ enthält eine umfangreiche Datensammlung zur demografischen Entwicklung in Schleswig-Holstein.

Die Große Anfrage gibt uns damit weitere Informationen über Altersstruktur, Lebensumstände, Lebensumfeld und –bedingungen an die Hand.

Was aber bedeutet es für die Menschen heute, wenn wir vom demografischen Wandel sprechen?

Sind dies alles nur abstrakte Zahlen und hat dies mit den Menschen, die heute bereits Senioren sind und mit uns, die wir in naher Zukunft Senioren sein werden, etwa nichts zu tun?

Die Wucht, mit dem die Alterung der Bevölkerung des Landes jeden Einzelnen in den nächsten 20 bis 40 Jahren treffen wird, deutet sich heute schon an.

Sie droht nicht nur, wie man jeder Zeitung entnehmen kann, die Sozialsysteme grundlegend zu verändern.

Sie wird eine grundlegende und unaufhaltsame Revolution in unserer Gesellschaft einleiten, in der alle gewohnten familiären und sozialen Beziehungen auf dem Spiel stehen.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Diese Herausforderung müssen wir nicht etwas als Bedrohung, sondern als Chance begreifen.

Die bisher abstrakten Zahlen machen eines deutlich:
Wir stehen vor der Aufgabe, neue Modelle zur Integration einer immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe in allen Bereichen zu entwickeln.

Genau hier befindet sich die Entwicklung noch in den Kinderschuhen.

Denn mit dem Alter ändern sich auch die Bedürfnisse und Ansprüche an die Gesellschaft.

Und diese Ansprüche haben wir bisher noch nicht gelöst – wir kennen sie teilweise noch nicht einmal.

Denn alle unsere Parameter über Alter und Jugend stammen immer noch aus Zeiten, in denen Altern die Ausnahme war.

Das Land wird alt, und die Kultur, die wir geschaffen haben, nimmt den Alternden häufig alles: das Selbstbewusstsein, den Arbeitsplatz oder gar die Biografie.

Das ist die Ausgangslage.

Wollen wir uns aber von der sich aufbauenden Drohkulisse, wie „Bevölkerungsrückgang“, „Arbeitskräftemangel“, „Kollaps der sozialen Sicherungssysteme“, „Verteilungskampf Jung gegen Alt“ beeindrucken lassen?

Wollen wir abwarten, bis uns die Ereignisse überholt haben?

Welche Vorstellungen haben wir von der Weiterentwicklung der Gesellschaft und wie wollen wir Politikfelder gewichten, um dieser Drohkulisse begegnen zu können?

Die Antworten der Landesregierung sind vergleichsweise ernüchternd.

Deutlich wird aus der Antwort der Großen Anfrage nur eines:
Wir wissen jetzt Dank einer umfangreichen Studie genauer als vorher, wie es um uns steht.

Das Erstellen einer Studie ist eine Seite der Medaille - Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und in konkretes politisches Handeln umzusetzen, eine andere.

Gerade hier stehen wir noch am Anfang.

Auf der Basis der jetzt erhobenen Zahlen einen Dialog mit dem Bürger zu starten, ist sinnvoll und wichtig – nur sind wir damit in Schleswig-Holstein leider etwas spät dran.

Spätestens seit Einführung der Pflegeversicherung bestehen erste gesicherte statistische Hochrechnungen, die uns das Ausmaß der Alterung unserer Gesellschaft vor Augen führt.

Seit dem ist zu wenig im Land geschehen.

Vielmehr wird immer wieder – bis heute – abgewartet, bis wir unter Handlungsdruck stehen und uns die Ereignisse überrollen.

Es ist in diesem Zusammenhang ein schlechtes Signal, wenn die Ministerpräsidentin weitere Reformschritte bei den Reformen der sozialen Sicherungssysteme für eine „Denkpause“ (wie im ZDF, Berlin direkt vom 12.12.2004) plädiert.

Denn wir haben weder „noch ein klein bisschen Zeit“ noch können wir den demografischen Wandel weiter „sorgfältig beobachten“, um erst dann Vorschläge zu machen, Frau Simonis!

Die Vorschläge hierzu müssen jetzt auf den Tisch. Alles andere spricht für kein entwickeltes Problembewusstsein.

Denn eine demografieorientierte Politik ist vor allem auch Standortpolitik.

Und damit ist es derzeit nicht sonderlich gut bestellt.

Der demografische Wandel in Schleswig-Holstein verändert nicht im wesentlichen die Problematik, die wir derzeit im Lande haben.

Was sich allerdings immer mehr verändert, ist die Notwendigkeit zu handeln.

Und wenn wir die

- Reformierung der Sozialsysteme,
 - die notwendige Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
 - die Notwendigkeit mehr in Bildung zu investieren, damit wir nicht noch mehr gute ausgebildete junge Menschen in andere Bundesländer verlieren,
 -
- nicht bald in Angriff nehmen, werden wir zum Handeln gezwungen werden.

Zwang ist aber ein schlechter Ratgeber.

Wenn wir hier noch gestalten wollen, müssen wir jetzt die Weichen für unsere Politik stellen.

Zur Ausgangslage in Schleswig-Holstein:

Eine aktuelle Studie des Berlin-Instituts hat aufgezeigt, dass das derzeitige Schleswig-Holsteinische Bevölkerungswachstum ausschließlich durch die Zuwanderung aus Hamburg, Ostdeutschland und dem Ausland resultiert.

Gleichzeitig zeigt diese Studie auf, dass z.B. Hamburg sein demografischen Probleme auf Kosten Schleswig-Holsteins löst.

Hamburg hat die höchsten Zuzugsquoten unter den 20 bis 25-Jährigen, gleichzeitig wandern überproportional viele Senioren aus Hamburg nach Schleswig-Holstein ab.

Im Süden Schleswig-Holsteins wird die Zahl der über 60-jährigen bis 2020 deshalb auch um mehr als ein Drittel allein durch die Zuwanderung aus Hamburg zunehmen.

Die Zahlen machen nur deutlich, was für das ganze Land gilt: Schleswig-Holstein ist heute attraktiv für Senioren – und daraus müssen wir etwas machen.

Das bedeutet aber auch im Umkehrschluss: Schleswig-Holstein ist noch zu unattraktiv für junge Menschen – und auch da müssen wir etwas machen.

Es kann nicht sein, dass junge, gut ausgebildete Menschen abwandern und dieser Faktor, gemeinsam mit der demografischen Entwicklung, den wirtschaftlichen Niedergang Schleswig-Holsteins beschleunigt.

Wir müssen heute Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Menschen in Schleswig-Holstein attraktive Arbeitsplätze finden - und Senioren, hier leben und sich in die Gesellschaft einbringen können.

Das bedeutet nichts anderes als ein „Miteinander der Generationen“ zu ermöglichen.

Die bisherigen Ansätze hierzu sind allerdings noch zaghaft.

Aus unserer Sicht ist es deshalb sinnvoll, die in der Studie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ aufgezeigten Handlungsschwerpunkte als Ausgangsbasis dafür zu nehmen, ein Miteinander der Generationen zu schaffen.

Dazu gehören für uns unter anderem:

1. bessere Startchancen für unsere Kinder durch mehr und bessere Bildung;
2. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsgerechte Kinderbetreuung;
3. die Vernetzung von Universitäten und Unternehmen, um unsere Fachkräfte bereits während ihrer Ausbildung an das Land zu binden und einen „brain-drain“ zu verhindern;
4. neben der Entkoppelung der Beiträge zu den Sozialkassen vom Erwerbseinkommen die Beendigung der Subventionierung der Frühverrentung, da wir uns den Verzicht auf Wissen, Können und Lebenserfahrung älterer Arbeitnehmer nicht länger leisten können;
5. den Aufbau einer barrierefreien Infrastruktur und die Förderung barrierefreien Wohnens, was letztlich allen Generationen zu gute kommt;
6. der weitere Aufbau von Ehrenamtsagenturen um die Lebenserfahrung von Senioren für die gesamte Gesellschaft nutzbar zu machen

und

7. einem der Wachstumsmärkte der Zukunft endlich zum Durchbruch zu verhelfen: Der Gesundheitswirtschaft. Dazu gehört für uns neben der Verbesserung des geriatrischen und palliativmedizinischen Angebotes auch die Intensivierung der Forschung sowie die Aus- und Fortbildung von Medizinern in Geriatrie, Gerontologie, Gerontopsychiatrie und Palliativmedizin.

Unsere Strategie muss sein, ein „Miteinander der Generationen“ zu schaffen, mit der besonderen Berücksichtigung, dass der Anteil älterer Menschen ansteigt.

Es reicht nicht aus, Schleswig-Holstein zum „Naturschutzgebiet“ zu erklären und allein darauf zu hoffen, dass vermögende Senioren sich bei uns niederlassen, weil sie in einem sich stetig leerenden Land Ruhe und Erholung finden.

Auf dem Weg, Schleswig-Holstein zum „Florida des Nordens“ zu entwickeln, stimmt bisher nur der errechnete Altersquotient - nicht aber die Infrastruktur!“